



## Newsletter

*September 2015*

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nach der Sommerpause - im August haben alle europäischen Institutionen in Brüssel nur eine Präsenz-Besetzung - ist mit Beginn September der Betrieb wieder aufgenommen worden. Die Ausschüsse tagen, behandeln und verabschieden aktuelle Positionen und Gesetzgebungstexte. Trilogie, also Gesetzesverhandlungen zwischen den drei europäischen Institutionen Kommission, Parlament und Rat, werden terminiert und erste Treffen finden dazu statt. All dies wird auch wie immer in meinem Newsletter behandelt, zumindest sofern es meine Ausschüsse und Themen betrifft.

Im Plenum in Straßburg letzte Woche standen natürlich die Debatten über Flüchtlingsströme nach Europa und über die immer noch fehlende konsequente gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik im Mittelpunkt. Auch in Deutschland gibt es seit letzter Woche neue Entwicklungen, denn in Bayern wurden vorgestern zeitweise wieder Grenzkontrollen eingeführt. Aus meiner Sicht muss alles getan werden, um die ursprünglich als Friedensprojekt gegründete Europäische Union hier zu geschlossenem und entschlossenem Handeln zu bringen.

Wie Kommissionspräsident Juncker in seiner Grundsatzrede zu Recht betonte, gibt es in so ziemlich jeder europäischen Familie Flüchtlingserfahrung. Humanität, Menschenwürde und Solidarität werden als europäische Werte immer zitiert und vielen internationalen Verhandlungen zu Grunde gelegt. Deutschland, insbesondere die deutsche Bevölkerung, verhält sich hier meist vorbildlich. Hoffen wir, dass sich auch andere Mitgliedstaaten und deren Bevölkerung in die gleiche Richtung bewegen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und grüße Sie herzlich!

Ihre Gesine Meißner

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Rede zur Lage der EU	<i>Seite 3</i>
Flüchtlingsdebatte im Europäischen Parlament	<i>Seite 3</i>
Weißbuch Verkehr: Ist Gibraltar etwa nicht europäisch?	<i>Seite 4</i>
Maritime Wirtschaft	<i>Seite 4</i>
Fischereiabkommen	<i>Seite 5</i>
Bürgerinitiative „Right2Water“	<i>Seite 5</i>

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit**

Revision des Europäischen Emissionshandelssystems	<i>Seite 6</i>
Drohnen: Gefahren- oder Zukunftspotential?	<i>Seite 6</i>
Tourismus verdient mehr Aufmerksamkeit	<i>Seite 6</i>
Medizinprodukte und In Vitro Diagnostika	<i>Seite 7</i>

## **III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"**

Buenos Aires: Wahlfälschung beunruhigt Argentinier	<i>Seite 8</i>
Hamburg: Maritime Gespräche	<i>Seite 8</i>
Terminvorschau	<i>Seite 8</i>

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **Rede zur Lage der EU**

Am Mittwochmorgen hielt Kommissionspräsident Juncker seine auch in den deutschen Medien viel beachtete Ansprache „State of the Union“. Er sprach über die angestrebten Maßnahmen der Kommission (u.a. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Asyl und Migration, Umweltschutz), die mittels Gesetzgebung und anderen Initiativen erreicht werden sollen. Dabei forderte er eine Kommission, die sich politischer präsentiert, als sie es bis dato war. Dies sei Grundvoraussetzung für den Umgang mit den aktuellen internen und externen Herausforderungen in Europa. Den Zustand der Europäischen Union bewertete er als „nicht gut“: Er beklagte, dass sich durch die Krisen der letzten Jahre in den Mitgliedstaaten immer mehr nationale Egoismen durchgesetzt haben, obwohl gerade jetzt geschlossenes solidarisches Handeln erforderlich sei. Er sieht in der Europäischen Union derzeit „zu wenig Europa und zu wenig Union“.

Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt betonte in der folgenden Aussprache, dass auch Tusk als permanenter Ratspräsident bei so richtungsweisenden Debatten da sein sollte, optimalerweise auch die Regierungschefs. Dies könnte zum Beispiel den Prozess einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik beschleunigen. Er beklagte, dass den vielen Absichtserklärungen nur halbherzige Taten folgen, gerade in Bezug auf die Flüchtlinge. Verhofstadt sieht den einzig nachhaltigen Lösungsweg zur Bewältigung der Krise in Syrien darin, so schnell wie möglich für neue Initiativen im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats zu sorgen.

### **Flüchtlingsdebatte im Europäischen Parlament**

Thematisch stand die Flüchtlingskrise letzte Woche an oberster Stelle. Juncker forderte dazu auf, die Mitgliedsstaaten mit den meisten Flüchtlingen - Griechenland mit bislang 213.000, Ungarn mit 145.000 und Italien mit 115.000 von insgesamt 500.000 Flüchtlingen seit Beginn 2015 – zu unterstützen. Die meisten Menschen fliehen vor dem Krieg in Syrien und Libyen, dem Terror des IS und der Diktatur in Eritrea. Juncker betonte, dass die Anzahl der Flüchtlinge bislang nur 0,11 % der Bevölkerung der EU ausmacht, in Libyen dagegen Flüchtlinge schon mehr als 25 % der dortigen Bevölkerung betragen und auch die Türkei wesentlich mehr Menschen aufgenommen hat als die EU. Einige der im Mai beschlossenen europäischen Hilfsmaßnahmen greifen bereits: Durch die verstärkte Präsenz auf den Meeren konnten 250 Prozent mehr Menschenleben gerettet werden. Juncker betonte, dass gegen Menschenschmuggler und Menschenhändler bereits entschiedener vorgegangen wird und billige Boote kaum noch eine Chance haben, ihren Heimathafen zu verlassen.

Eine Stabilisierung wie die der zentralmediterranen Route forderte Juncker aber ebenso für die Balkan Route. Gemeinsame Normen für die Aufnahme von Asylsuchenden zu haben ist fortschrittlich, aber noch nicht ausreichend. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten haben zwar 4 Mrd. Euro in humanitäre Hilfen sowie in Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfen für Syrien und für syrische Flüchtlinge in benachbarten Ländern investiert. In der derzeitigen Situation ist aber ein entschlosseneres und vor allem gemeinsames Vorgehen erforderlich. Der Kommissionspräsident rief alle Mitgliedsstaaten anlässlich der außerordentlichen Tagung des Innenministerrates am 14. September auf, dem Vorschlag der Kommission, 160.000 Flüchtlinge nach einem gerechten Schlüssel umzuverteilen, zu folgen. Ein permanenter Umverteilungsmechanismus ist angestrebt, aber auch längst fällig. Verbindliche Quoten für Deutschland, Österreich und Schweden – Länder, die freiwillig viele Flüchtlinge aufnehmen und die rechnerische Quote schon übererfüllen –wären ein erster Ansatz, andere Mitgliedsstaaten sollten sich anschließen.

Generell soll eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Asylbewerbungen vorgenommen werden: Einen ersten Schritt hierfür bietet die EU-Liste der Kommission über „sichere Herkunftsländer“ Desweiteren muss Frontex gestärkt und weiter entwickelt werden zu einem System der Grenzsicherung und gleichzeitig der Seenotrettung . Präsident Juncker kündigte ein Gesetzespaket zur legalen Migration für Anfang 2016 an mit der Aufhebung von Arbeitsverboten für Asylsuchende, verkürzten Antragsverfahren, einem europäischen Verteilungsschlüssel und anderen Maßnahmen, die wir Liberalen

und auch eine Mehrheit des Parlaments schon seit langem fordern. Zusätzlich ist ein Notfallfond aus den EU-Mitteln für die Krisengebiete der Sahelzone, der Tschadseeeregion, des Horn von Afrika und für Nordafrika, zunächst mit 1,8 Mrd. Euro, von der Kommission vorgeschlagen worden.

### **Weißbuch Verkehr: Ist Gibraltar etwa nicht europäisch?** (Berichterstatteerin für die liberale Fraktion)

Die Europäische Union hat sich ambitionierte Ziele im Verkehrsbereich gesteckt. Der Sektor soll wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Die Abhängigkeit vom Öl soll verringert werden. Es soll der höheren Mobilitätsnachfrage auf dem Land und in der Stadt Rechnung getragen werden. Gleichzeitig will man die Verschmutzung und die Lärmbelastung für die Anwohner verringern. Was sich anhört wie die Quadratur des Kreises, ist nur durch einen ganzheitlichen Ansatz zu schaffen, das heißt durch Innovation, Forschung und Investitionen in Infrastrukturprojekte. Zu diesem Zweck hat die Kommission im Jahr 2011 ein Weißbuch, also einen strategischen Plan mit vierzig konkreten Initiativen, veröffentlicht.

Jetzt war es an der Zeit eine Bilanz zu ziehen, um zu sehen, ob sich die Bemühungen in die richtige Richtung bewegen. Dazu wurde im Parlament über einen Zwischenbericht abgestimmt. Wir als Liberale haben uns insbesondere dafür eingesetzt, dass das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt, also dass nicht verpflichtende Quoten für Städte und Kommunen eingeführt werden, die diese nicht stemmen können. Viele Parlamentarier fordern zum Beispiel, dass EU-weit gesetzlich die Verdopplung des ÖPNV bis 2030 in den Städten vorgeschrieben wird - meines Erachtens ist dies allein Sache der Kommunen, darüber zu entscheiden, und nicht Aufgabe der EU, die ja auch nichts dafür bezahlt. Und dann denken wir, dass die Umsetzung der Ziele beschleunigt werden kann, wenn man rational und logisch vorgeht. Leider stören aber manchmal nationale Befindlichkeiten, wie auch hier: In dem Bericht wurde erwähnt, dass wir schon lange einen Gesetzentwurf für einen einheitlichen europäischen Luftraum haben, mit dem man Flugzeiten, Treibstoffverbrauch und Emissionen deutlich einsparen könnte. Derzeit fliegen die Flugzeuge im europäischen Luftraum nämlich oft nicht die direkten Routen, sondern teilweise Zickzack. Das Gesetz liegt aber auf Eis, solange der Streit um Gibraltar zwischen Engländern und Spaniern schwelt, denn die Spanier behaupten Gibraltar gehöre nicht zum europäischen Luftraum und weigern sich zu verhandeln. Kurz vor der Abstimmung im Plenum drohten alle Spanier mit Blockade, sollte das Wort Gibraltar erwähnt werden. Daraufhin musste dieser Punkt aus dem Bericht genommen werden. Leider kommt es immer wieder vor, dass vernünftige Vorschläge scheitern, wenn sich ein Mitgliedsland quer stellt.

### **Maritime Wirtschaft**

Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche einen Initiativbericht zur "blue economy" verabschiedet. Darin wird die Kommission aufgefordert, den maritimen Sektor in seiner Wirtschaftspolitik stärker zu berücksichtigen. Zu oft spielen meerespolitische Argumente bei der Diskussion um Wachstum und Arbeitsplätze nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dabei umfasst die maritime Wirtschaft in der EU 5,4 Millionen Jobs und generiert knapp 500 Milliarden Euro pro Jahr.

Um das Wachstum in den verschiedenen Sektoren wie Aquakultur, Tourismus oder erneuerbare Energien weiter anzukurbeln fordert das Parlament, die verschiedenen Fonds besser zu koordinieren und für maritime Initiativen zugänglich zu machen.

Innerhalb der ALDE-Fraktion war der Bericht nicht unumstritten, da insbesondere von italienischen Abgeordneten durchgesetzt worden war, mehr finanzielle Unterstützung für den europäischen Schiffbau zu fordern. Ich habe mich dafür eingesetzt, den Bericht trotzdem anzunehmen. Die Europäische Kommission wird dieser Forderung nach klassischen Subventionen ohnehin nicht nachkommen, wie der Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, Carlos Moedas, den Mitgliedern der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas in einem Brief im July mitgeteilt hat. Es sind schlicht keine Mittel vorhanden, um einen kostenintensiven Sektor wie den Schiffbau zu unterstützen.

## **Fischereiabkommen**

Gleich drei Fischereiabkommen hat das Parlament mit großer Mehrheit zugestimmt: den Abkommen der EU mit Guinea-Bissau, Madagaskar und Kap Verde. Ich habe mich in der Aussprache im Plenum auch dafür ausgesprochen, insbesondere da die Verhandlungen fair und „auf Augenhöhe“ stattgefunden haben. Das war in der Vergangenheit nicht immer so: Seit es moderne Fischereifloten mit Tiefgefriervorrichtung an Bord gibt, sind die Schiffe weltweit unterwegs. Zunächst wurde dabei wirklich im Kolonialstil vorgegangen: die modernen Schiffe fischten beispielsweise an afrikanischen Küsten die Gewässer leer, die wesentlich schlechter ausgestatteten einheimischen Boote hatten das Nachsehen. Die Regierungen der oft sehr armen Länder erhielten dafür eine Entschädigung, die aber bei den einheimischen Fischern niemals ankam.

Heute wird in den Abkommen festgelegt, dass die EU-Flotte nur das fischen darf, was die regionalen Boote nicht schaffen, wobei es auch Quotenobergrenzen für die einzelnen Fischbestände gibt. Und die Zahlungen der EU kommen direkt dem Fischereisektor vor Ort zu Gute. Es ist völlig richtig, bei diesen Abkommen darauf zu achten, die Armut und Abhängigkeit von afrikanischen oder pazifischen Staaten nicht auszunutzen. Auch muss sichergestellt sein, dass die geleisteten Zahlungen nicht in den Taschen korrupter Regime verschwinden, sondern die lokale Wirtschaft stärken. Da hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan, gerade auf Druck des Europäischen Parlaments.

Zudem enthalten die Abkommen eine Klausel, die zur Einhaltung der Menschenrechte mahnt. Die Zahlungen sind an Entwicklungsprojekte gekoppelt und werden überprüft. Auch die politische Situation des Landes spielt eine wichtige Rolle, weshalb das Abkommen mit Guinea-Bissau beim letzten Mal abgelehnt wurde und auch jetzt auf Grund der letzten politischen Entwicklungen genau verfolgt werden muss. Richtig angewandt sind es aber gerade diese Abkommen, die den Grundstein für eine wirtschaftliche Entwicklung und vor allem auch eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände legen können, gerade im Vergleich zu Abkommen, die Russland und China anbieten, bei denen diese Konditionen keine Rolle spielen.

## **Bürgerinitiative „Right2Water“**

Am Dienstag wurde die Resolution zu „Right2Water“, der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (dafür müssen mehr als 1 Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedsstaaten unterzeichnen), vom Plenum des Parlaments verabschiedet. Es ist ein wichtiges Signal an die EU-Kommission, die sich jetzt damit befassen muss. Hauptziel der Initiative ist es, Wasser nicht als Handelsware sondern als öffentliches Gut für alle EU-Bürgerinnen und Bürger zu definieren. Trotz des im Kern unterstützenswerten Anliegens enthielt die Resolution einige Punkte, die über das Ziel hinausschießen. Bezüge zu TTIP und anderen Handelsabkommen oder der Ruf nach europäischem Einmischen in die Finanzierung der kommunalen Wasserversorgung (Stadtwerke u.a.) gingen aus liberaler Sicht zu weit. Deshalb unterstützten wir eine alternative Resolution der EVP und Konservativen, die uns ausgewogener erschien, aber leider knapp scheiterte. Dennoch ist es gut, dass das vom Volk gewählte Parlament ein klares Signal senden konnte und somit dem Begehren von rund 1,9 Millionen Europäern Folge leistete. Rechtliche Konsequenzen hat dies allerdings noch nicht.

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit**

### **Revision des Europäischen Emissionshandelssystems**

Ein komplexes Thema mit vielen Kontroversen und technischen Feinheiten: die Revision des Europäischen Emissionshandels. Vergangene Woche fand die Vergabe des Berichtes unter den Fraktionen statt, wobei ein großes Gerangel mit gegenseitigem Überbieten von Punkten (in Ausschüssen die "Währung", um die Federführung für einen Bericht zu bekommen) stattfand. Den Zuschlag erhalten hat die EKR – die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten. Der schottische Abgeordnete Ian Duncan soll voraussichtlich der Berichtersteller für dieses heikle Dossier werden. Der Berichtersteller, den die federführende Fraktion stellt, hat innerhalb des Parlaments entscheidenden Einfluss darüber, wie sich ein Gesetzesentwurf innerhalb des Parlaments entwickelt. Das lässt mich wachsam bleiben. Zwar ist die EKR in der Umweltpolitik uns Liberalen eher wohlgesonnen, allerdings gilt der Berichtersteller als eher grün. Der Emissionshandel ist das europäische Instrument der Klimapolitik und im Prinzip begrüßenswert. Allerdings leiden schon jetzt viele energieintensive Betriebe wie etwa die Chemie- oder Stahlindustrie unter den hohen Kosten, die durch den Erwerb der Klimazertifikate direkt oder indirekt entstehen. Dreht man an den falschen Stellschrauben, könnten diese wichtigen europäischen Wirtschaftszweige weiter gefährdet werden und international verlieren. Vertreter der Stahlindustrie haben mir bereits anhand von grafischen Prognosen erläutert, wo sie die Vorschläge der Kommission für wirtschaftlich nicht realisierbar halten.

### **Drohnen: Gefahren- oder Zukunftspotential?**

In dieser Woche wird im Verkehrsausschuss über einen Bericht zum Thema Drohnen abgestimmt. In diesem Bereich tut sich derzeit sehr viel, denn die Technologie schreitet sehr schnell voran und die Frage ist, wie die Drohnen in den Luftraum integriert werden können. Es gibt in der Frage ein gewisses Dilemma: Auf der einen Seite wartet die Industrie auf die Vorgaben der Politik, während die Politik abzuwarten scheint, was die Industrie vorgibt. Um den Austausch zu verbessern, gab es Anfang des Jahres eine Konferenz zu diesem Thema in Riga mit Vertretern aller Interessengruppen. Fakt ist, dass im Bereich der kommerziellen Drohnen großes Potential schlummert, sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen. Drohnen können nämlich viele Aufgaben übernehmen, wie die Belieferung von isolierten Orten, sie können schwer zugängliche Katastrophengebiete erreichen oder auch routinemäßige Überprüfungen bei Infrastrukturprojekten vornehmen. Fakt ist aber auch, dass es noch zahlreiche offene Fragen gibt, wie beispielsweise die Kommunikation zwischen traditionellen Fluggeräten und den kleinen Neuankömmlingen. Gleichzeitig gibt es offene Fragen beim Thema Datenschutz oder was man tut, wenn Drohnen bei Hackerangriffen fremdgesteuert werden. Im vergangenen Jahr gab es zum Beispiel einen Fall, wo eine Drohne bei einem Fußballspiel zwischen Albanien und Serbien eine Fahne von Großalbanien über dem Spielfeld schweben ließ und es zu schweren Ausschreitungen kam. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Fraktionen einigen werden, um solche und andere Risiken zu verhindern. Ein rechtlicher Rahmen für den Einsatz von Drohnen wird voraussichtlich 2016 verhandelt.

### **Tourismus verdient mehr Aufmerksamkeit**

Europa ist im Vergleich zu anderen Kontinenten weltweit das Reiseziel Nummer eins, viele Arbeitsplätze haben mit Tourismus zu tun. Zudem reisen viele Europäer bevorzugt innerhalb der EU und investieren in benachbarte Volkswirtschaften. Die Frage ist, wie wir unsere gute Position halten, möglichst noch ausbauen und Europa als Tourismusziel gemeinsam weltweit bewerben können. Tatsache ist, dass es innerhalb der EU oft keine einheitlichen Qualitätssiegel gibt, das heißt ein vier-Sterne Hotel in Frankreich ist anders einzuordnen als ein vier-Sterne Hotel in Bulgarien. Hier könnte mehr Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit für den "Verkauf" von Vorteil sein. Dann gibt es Nachfragen aus der Wirtschaft, die Finanzierungsprogramme und Innovationen besser zu koordinieren und sich - bei aller nationalen Verschiedenheit und Konkurrenz - besser über erfolgreiche Programme auszutauschen. Es gibt auch

Forderungen nach einer Europäischen Agentur für Tourismus, die wir Liberalen aber überzogen finden und ablehnen, denn Einigungen und Absprachen können auch ohne eine weitere europäische Institution erzielt werden. Fakt ist, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit verdient, da im Tourismus noch großes wirtschaftliches Potential schlummert.

### **Medizinprodukte und In Vitro Diagnostika** (Berichterstatterin für die liberale Fraktion)

Mittlerweile haben sich das Parlament und der Rat auf einen Zeitplan geeinigt, nach dem die Verhandlungen zu beiden Gesetzesvorschlägen stattfinden sollen. Bis jetzt sind sechs Trilog-Sitzungen, also Sitzungen mit Vertretern des Parlaments, Rates und der Kommission, bis Dezember geplant. In diesen Sitzungen soll sich nach Themenschwerpunkten auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt werden. Los geht's am 13. Oktober zu Themen wie Anwendungsbereich und Definitionen. Kontroversere Themen, wie die Wiederaufbereitung von Medizinprodukten (z.B. OP-Bestecken), werden in späteren Sitzungen diskutiert. Vor- und nachbereitet werden diese Trilog-Sitzungen von Berichterstatter-Treffen im Parlament sowie zahlreichen sogenannten technischen Treffen, in denen eher technische Details der Gesetzgebung besprochen werden. Das wird ein sportlicher Zeitplan für zwei so umfangreiche und komplexe Dossiers.

### *III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"*

#### **Buenos Aires: Wahlfälschung beunruhigt Argentinier**

Am letzten Augustwochenende habe ich an einem Workshop der Friedrich-Naumann-Stiftung zu aktuellen lateinamerikanischen Herausforderungen in Buenos Aires teilgenommen. Aus aktuellem Anlass rückte ein Thema in den Mittelpunkt und wurde auch am Sonntag in einer Pressekonferenz behandelt: massive Wahlfälschungen in Tucuman. Bei den dortigen Regionalwahlen im Norden Argentiniens verschwanden Wahlzettel und mehrere versiegelte Wahlurnen und es wurden Auszählungen manipuliert. Vermutet wird, dass nicht der Kandidat der Kirchner-Regierung, sondern der Kandidat der Opposition eigentlich gewonnen hat und die Wahlen alles andere als rechtens waren. Es gab massive Bürgerproteste in mehreren Städten, die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse ein. Dazu kommt, dass in den Medien - außer von einer regionalen privaten Fernsehstation - nichts darüber berichtet wurde.

Große Teile der Bevölkerung befürchten jetzt, ähnliches könnte sich bei den Nationalwahlen in Argentinien im Oktober wiederholen. Die Kirchner-Regierung ist in Verruf geraten, weil Argentinien in den letzten Jahren als ehemals wirtschaftlich starkes Land enorm an Boden verloren hat und Korruption, Einschränkung der Pressefreiheit und Wahlmanipulationen zugenommen haben. Ich wurde als deutsche und europäische Repräsentantin gebeten zu prüfen, inwieweit die EU mit dazu beitragen kann, künftig demokratische Wahlen in Argentinien sicherzustellen. Ergebnis meiner Recherche: Es gibt seitens EU-Parlament Wahlbeobachtungsteams, die zu Überprüfung und Bericht bei Wahlen vor Ort dabei sind in Ländern, die als demokratisch instabil gelten und auf einer Liste stehen. Da Argentinien vorläufig nicht in diese Liste aufgenommen wurde, hat das Parlament keine Handhabe. Ich habe den Vorgang auch - mit diversen Berichten und Links verschiedener argentinischer Organisationen und Politiker - belegt und an den Europäischen Auswärtigen Dienst weitergeleitet. Dort wird geprüft, ob ein kleines Team während der Wahl zu Gesprächen nach Buenos Aires geschickt werden kann.

#### **Hamburg: Maritime Gespräche**

Termine zur maritimen Wirtschaft stehen bei mir regelmäßig auf der Tagesordnung, häufig in Hamburg, da dort viele Verbände ihren Sitz haben. Sowohl bei meinem Gespräch mit EUROGATE (wo ich auch immer die aktuelle Entwicklung im Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven anspreche) als auch beim Vorstandsgespräch mit dem Verband deutscher Seehäfen (VDS) ging es dieses Mal insbesondere um das "Port-Package", die Gesetzgebung zu Hafendienstleistungen, die gerade im Verkehrsausschuss behandelt wird (demnächst mehr). Häfen sind - nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb Deutschlands - sehr unterschiedlich nicht nur hinsichtlich Größe, sondern auch Organisationsform, Art der umgeschlagenen Waren, Festsetzung der Hafengebühren usw.. Da ich immer für praxisnahe Gesetzgebung bin, ist mir der Austausch mit den Verbänden sehr wichtig. Der VDS macht sich darüber hinaus Gedanken zur "Festen Fehmarn-Belt-Querung", die in einigen Jahren den Fährbetrieb größtenteils ersetzen soll und natürlich auch generell Auswirkungen auf die Häfen in Schleswig-Holstein haben wird.

#### **Terminvorschau**

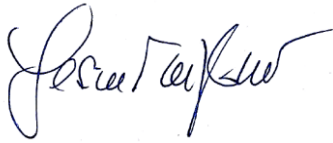
15.9.	Rede auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung; Bremen
16./17.9.	Mini-Plenum; Brüssel
17.9.	Gespräche mit Unternehmern aus Wilhelmshaven / Schulleitern aus Hamburg; Brüssel
20./21.9.	Klausur des FDP-Bundesvorstands; Berlin
21.9.	Rede zur "Ocean Governance" beim Ausschuss der Regionen; Brüssel
22.9.	Podiumsdiskussion beim BDL (Deutscher Luftverkehr); Brüssel
23.9.	IAA, Rundgang und Podiumsdiskussion; Frankfurt
24./25.9.	Besuch der EFSA (europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit) mit dem Umweltausschuss; Parma



- 28.9. |Rede bei der European Skippers Organisation; Antwerpen
- 28.-30.9. |Besuch der Mentees der Friedrich-Naumann-Stiftung; Brüssel
- 1.10. |Gespräch zu CO2-Emissionen mit dem Präsidium Nds. Baugewerbe; Brüssel
- 3.10. |Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung; Hamburg
- 5.-9.10. |Plenarwoche (mit dem nächsten Newsletter); Straßburg

Herzliche Grüße.

Ihre



15. September 2015